

Beilage 1915

(Vergl. Beilage 1803.)

Beschluss.

Der Bayerische Landtag

an die

Bayerische Staatsregierung.

Der Landtag hat über den

Antrag des Abgeordneten Schesbed betr. Maßnahmen zur Unterbindung von ungerechtfertigten Preissteigerungen (Beilage 1803)

in seiner heutigen öffentlichen Sitzung Beratung gepflogen und beschlossen:

Die Staatsregierung wird ersucht, zur Unterbindung von Preissteigerungen, welche nicht durch Angleichung des niedrigeren deutschen Inlandpreisniveaus an das höhere Weltmarktpreisniveau und durch andere wirtschaftlich gerechtfertigte Faktoren, sondern durch wirtschaftlich untragbare übermäßige Gewinne hervorgerufen werden, dafür zu sorgen, daß in Bayern

1. eine strenge Verwaltungskontrolle der Preise auf ihre Angemessenheit hin dauernd durchgeführt wird;
2. die Einhaltung der bestehenden Vorschrift der Preisauszeichnungspflicht und des bestehenden Verbots behördlich nicht genehmigter Abreden von Mindestpreisen scharfstens überwacht wird;
3. durch die Bereitstellung langfristiger und billiger Kredite die notwendige Rationalisierung der lebenswichtigen Produktion vorgenommen und dadurch eine Preisherabsetzung ermöglicht werden kann.

M ü n c h e n , den 13. Oktober 1948.

Der Präsident:

(gez.) Hagen.

Der I. Schriftführer:

(gez.) Rita Behner.

Beilage 1916

(Vergl. Beilagen 1816, 1857.)

Beschluss.

Der Bayerische Landtag

an die

Bayerische Staatsregierung.

Der Landtag hat über den

Antrag der Abgeordneten Meigner und Genossen betreffend Schließung des Bayerischen Staatsschauspiels (Beilage 1816)

in seiner heutigen öffentlichen Sitzung Beratung gepflogen und beschlossen:

Nach Mitteilungen der Presse wird infolge finanzieller Schwierigkeiten die Schließung des Bayerischen Staatsschauspiels in München erwogen.

Die Staatsregierung wird ersucht, alle Schritte zu unternehmen, um diese für das kulturelle Leben Bayerns unerträgliche Maßnahme hintanzuhalten und gleichzeitig auch für die Provinztheater den Fortbestand ihres Betriebes zu sichern. Jedenfalls soll vor Beratung des Nachtrags zum Haushalt eine Entscheidung in dieser wichtigen Frage nicht getroffen werden.

M ü n c h e n , den 13. Oktober 1948.

Der Präsident:

(gez.) Hagen.

Der I. Schriftführer:

(gez.) Rita Behner.

Beilage 1917

(Vergl. Beilagen 1666, 1880.)

Beschluss.

Der Bayerische Landtag

an die

Bayerische Staatsregierung.

Der Landtag hat über den

Antrag der Abgeordneten Roske und Genossen betreffend Bildung einer gemeinsamen Spitzenverwaltung aller westdeutschen Länder für das Flüchtlingswesen (Beilage 1666)

in seiner heutigen öffentlichen Sitzung Beratung gepflogen und beschlossen,

dem Antrag:

„Die Staatsregierung wird ersucht, Schritte zu unternehmen, welche die Bildung einer gemeinsamen Spitzenverwaltung aller westdeutschen Länder für die Aufgabenbereiche des Flüchtlingswesens zur Folge haben.“
zuzustimmen.

M ü n c h e n , den 14. Oktober 1948.

Der Präsident:

(gez.) Hagen.

Der I. Schriftführer:

(gez.) Rita Behner.